



45. Sitzung, Montag, 12. März 2012, 8.15 Uhr

Vorsitz: *Jürg Trachsel (SVP, Richterswil)*

Verhandlungsgegenstände

1. Mitteilungen

- Antworten auf Anfragen *Seite 2953*
- Zuweisung von neuen Vorlagen *Seite 2953*
- Dokumentation im Sekretariat des Rathauses
 - *Protokollauflage* *Seite 2953*
- Parlamentarier-Skirennen *Seite 2953*
- Geburtstags-Gratulation..... *Seite 2954*

2. Beschluss des Kantonsrates über die Volksinitiative «Grundstückgewinnsteuer JA, aber fair! Kantonale Volksinitiative für eine gerechte Grundstückgewinnsteuer»

Antrag des Regierungsrates vom 7. Juli 2010 und geänderter Antrag der KBIK vom 7. Februar 2012

4715b..... *Seite 2954*

3. Schluss mit nutzlosen KEF-Erklärungen / Verbindlichkeit von KEF-Erklärungen

Antrag der STGK vom 2. Dezember 2011 zu den Parlamentarischen Initiativen Nicole Barandun und Hans Frei

KR-Nrn. 233a/2009 / 13a/2010 *Seite 2981*

4. Familienergänzende Kinderbetreuung für das kantonale Personal (Ergänzungsbericht) (Reduzierte Debatte)

Antrag des Regierungsrates vom 24. August 2011 zum Postulat KR-Nr. 184/2006 und gleichlautender Antrag der STGK vom 16. Dezember 2011, **4557b**..... Seite 2997

5. § 21 StG, Zuständigkeit der Eigenmietwertbesteuerung

Antrag der WAK vom 7. Februar 2012 zur Parlamentarischen Initiative Barbara Steinemann KR-Nr. 114a/2010 Seite 2999

6. Bürokratieabbau und Vereinfachung in der Besteuerung von natürlichen Personen und Unternehmungen im Kanton Zürich

Postulat Hans-Peter Portmann (FDP, Thalwil), Peter Roesler (FDP, Uster) und Antoine Berger (FDP, Kilchberg) vom 13. Dezember 2010 KR-Nr. 368/2010, Entgegennahme, Diskussion Seite 3009

Verschiedenes

- Fraktions- oder persönliche Erklärungen
 - *Erklärung der SP-Fraktion zur Erhöhung der Studiengebühren*..... Seite 2978
 - *Erklärung der CVP-Fraktion zum gestrigen Nein zum Bürgerrechtsgesetz*..... Seite 2979
 - *Erklärung der SVP-Fraktion zum gestrigen Nein zum Bürgerrechtsgesetz*..... Seite 2980
 - *Erklärung der SP-Fraktion zum gestrigen Nein zu Bürgerrechtsgesetz*..... Seite 2980
- Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse..... Seite 3017

Geschäftsordnung

Ratspräsident Jürg Trachsel: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

Zutun 25, 35 Prozent Mieterhöhung eröffnet worden. Das wäre undenkbar, oder? Aber genau das ist zahlreichen Hauseigentümern im Kanton Zürich geschehen.

Eintreten

ist beschlossen, nachdem kein Antrag auf Nichteintreten gestellt worden ist.

Detailberatung

Titel und Ingress

Keine Bemerkungen; genehmigt.

I. und II.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat stimmt mit 117 : 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Antrag der vorberatenden Kommission zu.

Das Geschäft ist erledigt.

6. Bürokratieabbau und Vereinfachung in der Besteuerung von natürlichen Personen und Unternehmungen im Kanton Zürich

Postulat Hans-Peter Portmann (FDP, Thalwil), Peter Roesler (FDP, Uster) und Antoine Berger (FDP, Kilchberg) vom 13. Dezember 2010 KR-Nr. 368/2010, Entgegennahme, Diskussion

Ratspräsident Jürg Trachsel: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Susanne Brunner, Zürich, hat an der Sitzung vom 28. März 2011 Antrag auf Nichtüberweisung des Postulats gestellt. Susanne Brunner ist zwischenzeitlich aus dem Rat ausgeschieden. Der Antrag wird von Hans-Ueli Vogt, Zürich, aufrechterhalten.

Hansueli Vogt (SVP, Zürich): Das Fernziel des Postulats, ein effizientes Steuersystem zu haben, kann man sicher unterstützen. Wer möchte das schon nicht? Ganz offensichtlich ist die Angelegenheit aber nicht ganz einfach, weil das Steuerrecht nicht nur effizient sein soll, sondern es verfolgt auch bestimmte gesellschaftliche, wirtschaftliche und sozialpolitische Ziele.

Die Aufgabe ist kompliziert. Wir glauben nicht, dass ein einfacher, sicher sehr sachkundiger, aber letztlich einfach ein Bericht seitens der Regierung diese Frage erschöpfend klären kann und sind darum der Meinung, dass man das Postulat nicht überweisen sollte.

Zudem sind wir der Ansicht, dass man durch konkrete, gezielte Vorschläge zur Effizienz und Verbesserung des Steuersystems beitragen soll. Der Postulant hat das verdienstvollerweise auch getan mit seinen Vorstössen im Rahmen der jetzt laufenden Steuergesetzrevision. Das scheint uns der richtige Weg, hier konkrete Vorschläge zu machen und nicht einen Bericht zur Verbesserung des Steuerrechts im Allgemeinen von der Regierung zu verlangen.

Hans Peter Portmann (FDP, Thalwil): Ich glaube, mich beisst der Affe. Ich hätte eigentlich ein anderes Ablehnungsvotum erwartet. Scheinbar beschränkt sich hier die Ablehnung darauf, dass man der Regierung nicht zutraut, dass sie in einer normalen Postulatsforderung, mit der man wissen möchte, ob man nicht in Verordnungen wie auch in Gesetzen etwas straffen kann, um den administrativen Abbau ganz konkret bei den Steuererklärungen, wo es darum geht, mit den Abzügen die Handhabung mit allen Belegen, die man einreichen muss, allenfalls den Ablauf etwas besser machen könne. Hier traut man der Regierung eigentlich ihre grundsätzliche Aufgabe nicht zu, die sie hat, wenn sie nämlich Aufträge des Parlaments bekommt, Vorschläge zu machen, wo man das in den Verordnungen und Gesetzen ändern kann. Man sagt, was ich jetzt genau verstanden habe, es liege am Kantonsrat, diese Aufgabe zu tätigen. Es geht ein bisschen in das vorherige Traktandum hinein. Er müsste an sich mit ganz konkreten Vorschlägen genau sagen, wie das die Regierung in ihrer Zuständigkeit, sprich die Finanzdirektorin in ihrem Steueramt, handhaben will, damit die Abläufe effizienter sind, damit nachher auch die Steuerzahlerinnen und -zahler davon profitieren können, indem sie in ihrer Steuererklärung vereinfacht in gewissen Teilbereichen ihre Deklaration vonstatten bringen müssen.